



HESSISCHER LANDTAG

13. 02. 2024

HHA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Rassismus-Vorfall im Studienzentrum der Finanzverwaltung und Justiz in Rotenburg

Laut Presseinformation des Finanzministeriums vom 8. Februar 2024 erhielt die Leitung des Studienzentrums der Finanzverwaltung und Justiz in Rotenburg a. d. Fulda am 29. Januar 2024 Kenntnis vom Verdacht ausländischer Äußerungen bei einer Party im Studienzentrum wenige Tage zuvor. Demnach sollen Teilnehmende zu einem bekannten Popsong rassistische Texte gesungen haben. Laut Berichterstattung des SPIEGEL (siehe <https://www.spiegel.de/panorama/hessen-rassistische-gesaenge-in-beamten-hochschule-staatsschutz-ermittelt-a-38c5bd1d-95a3-415a-bb1f-5443c1929786>, zuletzt abgerufen am 9. Februar 2024) soll es sich um eine Party des Abschlussjahrgangs gehandelt haben. Gäste von außerhalb seien nicht zugelassen gewesen, sodass lediglich angehende Finanzbeamtinnen und Finanzbeamte sowie Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger dort gefeiert hätten.

Die Landesregierung wird ersucht, im Haushaltsausschuss (HHA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Gegen wie viele Personen wird in Zusammenhang mit dem genannten Vorfall ermittelt?
2. Richtet sich der Verdacht gegen Auszubildende und Studierende oder auch gegen Bedienstete des Studienzentrums?
3. Welche Straftatbestände stehen im Raum?
4. Welche dienst- und arbeitsrechtlichen Maßnahmen sind zu erwarten, falls sich die Verdachtsmomente gegen Auszubildende, Studierende und/oder Bedienstete bestätigen sollten?
5. Ist die Berichterstattung korrekt, dass lediglich angehende Finanzbeamtinnen und Finanzbeamte, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sowie Bedienstete des Studienzentrums an der Veranstaltung teilgenommen haben, mithin der Verdacht sich ausschließlich gegen diese richten kann?
6. Falls nein: Welche Kenntnis hat die Landesregierung über weitere Personen, die an der Feier teilgenommen haben?
7. Kam es bereits in der Vergangenheit zu rassistischen Vorfällen in dem Studienzentrum?
8. Wenn ja: Welche?
9. Wenn ja: Welche Konsequenzen hatten diese?
10. Welche Strategie und Maßnahmen werden von der Landesregierung verfolgt, um bei allen Angehörigen des Studienzentrums ein Bewusstsein gegen Rechtsextremismus zu fördern?
11. Was tut die Landesregierung konkret im Rahmen des Auswahlverfahrens, um sicherzustellen, dass keine Personen mit rechtsextremen Gedankengut im Studienzentrum ausgebildet oder angestellt werden?
12. Wird es zukünftig Änderungen im Rahmen des Auswahlverfahrens von Auszubildenden, Studierenden und Lehrenden/Bediensteten geben?
13. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus diesem Vorfall hinsichtlich der Strukturen und Abläufe im Studienzentrum und welche Änderungen sind geplant, um ähnliche Vorfälle zukünftig zu verhindern?

14. Eine „Sensibilisierung gegen Rechts“ der Hochschule sei fehlgeschlagen, berichten Studierende (siehe dazu Bericht der Tagesschau vom 8. Februar 2024, <https://www.tagesschau.de/inland/regional/hessen/verdacht-rassismus-hessen-100.html>, zuletzt abgerufen am 09.02.2024). Wie beurteilt die Landesregierung etwaige bisherige Maßnahmen, somit die „Sensibilisierung gegen Rechts“, innerhalb des Studienzentrums?
15. Gab es diesbezüglich überhaupt Maßnahmen durch das Studienzentrum?
16. Wenn ja: Welche Maßnahmen bzw. Handlungen wurden durch das Studienzentrum durchgeführt, um Rechtsextremismus zu verhindern bzw. diesbezüglich ein Bewusstsein zu schaffen?
17. Wenn nein: Warum wurde bisher in einem Studienzentrum, welches Beamtinnen und Beamte für das Land Hessen ausbildet, kein Wert auf etwaige Maßnahmen gelegt?

Wiesbaden, 9. Februar 2024

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas